ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gornig, Martin

Article

Wie der Standort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Gornig, Martin (2024) : Wie der Standort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 91, Iss. 7, pp. 108-,
https://doi.org/10.18723/diw_wb:2024-7-3

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/283942

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

MARTIN GORNIG

Wie der Standort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt

Martin Gornig ist Forschungsdirektor für Industriepolitik in der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Energiekosten explodieren, Fachkräfte werden knapper und teurer, Formulare gibt es gefühlt immer mehr statt weniger: Da wundert es kaum, dass auch alteingesessene Unternehmen am Standort Deutschland zweifeln und nach alternativen Produktionsstandorten im Ausland suchen. Dies gilt gerade für die Großen aus den energieintensiven Branchen. So haben die Giganten der Chemieindustrie unverhohlen mit der Abwanderung von Geschäftszweigen in die USA gedroht. Aber auch in lohnintensiven Branchen wie der Haushaltselektrotechnik scheint es nun den einen oder anderen Traditionsbetrieb nicht länger in der Heimat zu halten. Wenn es dann zu Stellenabbau oder gar Betriebsschließungen kommt, trifft dies die Belegschaften hart. Viele der langjährig Beschäftigten verlieren mehr als ihren Job.

Allerdings ist die Verlagerung von Produktionen ins Ausland per se kein Indiz für eine Standortschwäche. Ein Beispiel sind die großen Autokonzerne, die in der Vergangenheit gerade mit der Diversifizierung ihrer Zuliefernetze und der Erschließung von Auslandsmärkten über Vor-Ort-Produktionen die Autoproduktion hierzulande gesichert haben. Auch viele andere Unternehmen verdienen am Standort Deutschland gutes Geld. So sind in der Industrie die Gewinne im Jahr 2023 deutlich stärker gestiegen als die Löhne. Und auch die Gewinnerwartungen scheinen im Durchschnitt nicht so schlecht zu sein. Die deutschen Aktienindizes liegen aktuell sogar auf Rekordniveau.

Es gibt also keinen Grund zur Torschlusspanik. Auch die Politik muss nicht in Hektik verfallen. Pauschale Energiepreissubventionen wie beim Industriestrompreis oder generelle Steuergeschenke wie bei einer Abschaffung des Solidaritätszuschlages gehen in die falsche Richtung. Was Deutschland braucht, ist eine Industriestrategie, die gezielt die anstehenden Probleme angeht. Diese Strategie muss zwei Komponenten zusammenbringen, die nur gemeinsam erfolgreich sind.

Zum einen geht es darum, das Handlungsumfeld der Unternehmen zu verbessern. Erneuerbare Energien müssen billiger, Ausbildungssysteme effektiver und der Staat schneller werden. Das heißt, die Infrastruktur für den Transport und die Speicherung von Wind- und Solarenergie ist massiv auszubauen. Das Bildungssystem ist so zu modernisieren, dass sowohl Spitzenleistungen erzielt als auch in der Breite Querschnittsqualifikationen vermittelt werden. Beim leidigen Thema Bürokratieabbau geht es nicht nur darum, Vorschriften auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen. Eine schnelle Entlastung der Unternehmen von Bürokratiekosten wäre vor allem auch dadurch zu erzielen, dass die Kommunikation möglichst vollständig digitalisiert würde. Dabei könnte der Staat verstärkt auf künstliche Intelligenz bei seinen Prüfaufgaben setzen.

Zum anderen geht es darum, den Industriestandort fit für die Zukunft zu machen. Angesichts der klima- und geopolitischen Herausforderungen ist insbesondere der Zugriff auf die industriellen Schlüsseltechnologien zu gewährleisten. Ohne Batteriezellen, Wasserstoffnutzung und Mikrochips läuft in der Industrie der Zukunft nichts. Will Deutschland ein starker und breit aufgestellter Industriestandort bleiben, kommt es nicht nur darauf an, bei der Entwicklung der entsprechenden Technologien vorne mitzuspielen, sondern auch eigene sichere Produktionskapazitäten nutzen zu können. Die jüngsten Ansiedlungszusagen führender internationale Konzerne aus den USA, Skandinavien und Taiwan könnten ein erster Schritt dazu sein.

Eine solche Doppelstrategie ist allerdings teuer. Der Ausbau der Infrastruktur, die Modernisierung der Ausbildungssysteme und die Digitalisierung der Verwaltung benötigen hohe öffentliche Investitionen. Der Umbau des industriellen Kapitalstocks erfordert nicht unwesentliche staatliche Investitionsfördermittel. Die Strategie verspricht aber auch die Aussicht auf hohe Erträge in Form sicherer und gut bezahlter Arbeitsplätze sowie hoher Steuereinnahmen für alle Gebietskörperschaften.

 DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2024-7-3

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
91. Jahrgang 14. Februar 2024

Herausgeber*innen
Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Sandra Bohmann

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).